

Herrschaftsfreier Diskurs – diskursfreie Herrschaft?!

(Von E. Noldus)

„Grau ist alle Theorie...“ könnte man Jürgen Habermas zurufen. Denn der theoretisch eingeforderte herrschaftsfreie Diskurs mündet praktisch in die diskursfreie Herrschaft des linken Meinungskartells.

Wer darf seine Meinung äußern?

Am 3. September findet in der St. Clemens-Kirche Oberhausen-Sterkrade abends um 19 Uhr eine „Diskussion der OB-Kandidaten“ statt. Dazu wurden eingeladen: Daniel Schranz (CDU), Thorsten Berg (SPD), Norbert Axt (Grüne) und Jens Carstensen (Linke Liste).

Inzwischen hat Carstensen den Termin wohl abgesagt, so daß nur noch drei Teilnehmer diskutieren werden – selbstverständlich ohne den AfD-Kandidaten Wolfgang Kempkes. Im Vorfeld – Anfang Juli – hatten sich alle Parteien darauf geeinigt, keine gemeinsamen öffentlichen Auftritte mit dem AfD-Kandidaten zu bestreiten.

Oberbürgermeister Schranz ist sich nicht zu schade, darin mit der Linken Liste gemeinsame Sache zu machen, die sich an ihrem Flügel im marxistisch-leninistischen Nirgendwo verliert und auch die CDU großzügig mit dem Prädikat „faschistisch“ belegt, wo es gerade opportun ist.

Das Staatsverständnis der Linken zeigt sich u. a. daran, daß – ginge es nach ihr – die Bundeswehr nicht an Schulen werben darf. Offenbar gibt es den Staatsbürger in Uniform nicht, sondern nur eine auf Töten gedrillte Angriffsarmee im Dienste des Großkapitals.

Durchaus logisch und konsequent im Sinne dieser marxistisch-leninistisch gefärbten Weltanschauung ist die Bezeichnung von Polizisten als „Müll“ im linken Vorzeigeblatt „taz“. Sonja Bongers und Stefan Zimkeit trafen zwar einen Vertreter der Oberhausener Polizeigewerkschaft, um ihm zu versichern, daß er – der Polizist – kein Müll sei. Das ganze ist auf der Internetseite Zimkeits in einem Artikel vom 9. 7. 2020 nachzulesen. Beide SPD-Vertreter heucheln hier Unterstützung, während führende Exponenten der Regierungspartei SPD der deutschen (ohne Migrationshintergrund) Polizei pauschal Rassismus vorwerfen. Wir sprechen deshalb von Heuchelei, weil mit Rassismusswürfen eine kranke politische Subkultur gefestigt wird, in der deutsche (ohne Migrationshintergrund) Polizisten als Müll betrachtet werden.

Im Zeichen einer Neuausrichtung der SPD, die sich jenseits der CDU neue bundespolitische Optionen erarbeiten will, fühlt diese sich im Kreise der Antirassisten und Antifaschisten zunehmend wohler. Und so kommt es, daß sich Oberbürgermeister Schranz in jener Subkultur wiederfindet, die bürgerliche Politik und vor allem einen auf Werte bedachten Konservatismus mit einem Faschismus- (und Rassismus-) Begriff überzieht, der immer weiter ausgreift und auch vor einem Herrn Schranz und seiner CDU nicht haltmachen wird.

Um nun den bürgerlichen Wähler bei der Stange zu halten und diesem diese Kohabitation – kirchenlateinisch für „Beischlaf“ – schmackhaft zu machen, muß ein Popanz zur Rechtfertigung aufgebaut werden. Dazu übernimmt die linksgrün monopolisierte Presse die Kampfbegriffe des Rassismus und Faschismus in ihrer linksextremen Verabsolutierung und heftet sie der AfD an.

Bildungsangebote oder Entmündigung?

Die St. Clemens-Kirche Oberhausen-Sterkrade – ein Kind ihrer Zeit – übernimmt unbedacht die ihr vorgesetzten Kategorisierungen und hat daher durchaus folgerichtig den AfD-Kandidaten nicht zu ihrer Podiumsdiskussion am 3. September eingeladen. Anfang August hatte diese Kirchengemeinde dem Kreisverband einen umfangreichen Fragenkatalog mit der Bitte um Beantwortung vorgelegt. Das mutet in diesem Zusammenhang ziemlich seltsam, wenn nicht sogar bizarr an, beschrieb der Absender die Motive seiner Anfrage doch wie folgt:

„Zentrale Ziele [eines vielfältigen Angebotes für Kinder, Jugendliche und Erwachsene] sind dabei die Unterstützung und Begleitung von jungen Menschen bei der Bildung einer eigenen Meinung, der Übernahme von Verantwortung und beim Leben ausgerichtet an christlichen Werten...

Im Rahmen unserer außerschulischen Bildungsarbeit und des Projekts #jungesnrw des Landesjugendrings NRW werden wir am 03. September eine Informationsveranstaltung zu den Kommunalwahlen in Oberhausen veranstalten. Ziel ist insbesondere Erstwähler*innen und andere interessierte Jugendliche und junge Erwachsene mit Kommunalpolitik in Berührung zu bringen, den Aufbau der Kommunalwahl mit den zu wählenden Gremien und Ämtern zu erläutern und über die verschiedenen Kandidat*innen sowie ihre Parteien und die zugehörigen Standpunkt zu informieren.

Zu diesem Zweck möchten wir gerne verschiedene Materialien entwickeln....“

Die Bildung einer eigenen Meinung ist nur dann opportun und im Einklang mit christlichen Werten stehend, wenn sie innerhalb eines vom linken Meinungsspektrum vorgegebenen Bereichs stattfindet. Zu den so verstandenen christlichen Werten gehört offenbar die Suche nach dem mit dem Islam gemeinsamen Gott. Und dabei sieht man großzügig beispielsweise über die Ausrottung der christlichen Minderheiten im Nahen und Mittleren Osten mit einer gewissen Nonchalance hinweg.

In „Was ist Aufklärung“ ist Kant u. a. der Frage nachgegangen, warum viele Menschen zeitlebens gerne unmündig bleiben und des Mutes ermangeln, sich des eigenen Verstandes zu bedienen:

„Daß der bei weitem größte Teil der Menschen (darunter das ganze schöne Geschlecht) den Schritt zur Mündigkeit, außer dem daß er beschwerlich ist, auch für sehr gefährlich halte: dafür sorgen schon jene Vormünder, die die Oberaufsicht über sie gütigst auf sich genommen haben. Nachdem sie ihr Hausvieh zuerst dumm gemacht haben und sorgfältig verhüteten, daß diese ruhigen Geschöpfe ja keinen Schritt außer dem Gängelwagen, darin sie sie einsperrten, wagen durften, so zeigen sie ihnen nachher die Gefahr, die ihnen droht, wenn sie es versuchen allein zu gehen.“

Die Vormünder, welche gütig die Oberaufsicht auf sich genommen haben, umgehen wohlweislich die Gefahren, welche sich durch die unmittelbare Anschauung eines AfD-Vertreter oder des OB-Kandidaten unweigerlich ergeben. Es könnte ja sein, daß einige junge Menschen das Ziel der Bildung einer eigenen Meinung im Sinne ihrer Vormünder falsch verstehen und einfach nur Fragen stellen. Fragen, die sich aus der Darstellung der AfD in den parteipolitisch ausgerichteten Oberhausener Leitmedien und der Erfahrung durch die unmittelbare, eigene Anschauung ergeben.

Löschen statt Antworten

Dem Betreffenden, der die Anfrage an den Kreisverband bzw. dessen OB-Kandidaten gerichtet hat, ist die Widersprüchlichkeit des ganzen Vorganges offenbar nicht bewußt. Denn warum stellt er seine Fragen, wenn doch andererseits die Einladung des AfD-Kandidaten unterbleibt? Wolfgang Kempkes hat (am 21. August) die Beantwortung des Fragenkataloges mit folgenden Gründen abgelehnt:

„Am 3. und 8. September finden zwei Podiumsdiskussionen durch das Stadtdekanat veranstaltet, in der St. Clemens-Kirche in Sterkrade statt. Weder wurde ein Vertreter der AfD, noch ich als OB-Kandidat eingeladen. Meine diesbezügliche Anfrage an das Stadtdekanat blieb bis heute unbeantwortet. Die Facebook-Seite des Stadtdekanats Oberhausen löscht Kommentare zur Veranstaltung und streitet den Löschvorgang sogar noch ab.

Es ist somit nachvollziehbar, dass unter solchen Bedingungen meine Motivation zum Dialog nicht besonders ausgeprägt ist.

Gerne lade ich sie zu einem ausführlichen Meinungsaustausch im Rahmen einer AfD-Veranstaltung nach der Kommunalwahl ein.

Ich hoffe auf ihr Verständnis und wünsche Ihnen den Mut, die hier praktizierten Verhaltensweisen des Stadtdekanats kritisch zu hinterfragen.“